

Vom Verschwinden bedroht? Politische Theorie und Ideengeschichte in der curricularen Reformfalle

Buchstein, Hubertus; Fietz, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buchstein, H., & Fietz, S. (2007). Vom Verschwinden bedroht? Politische Theorie und Ideengeschichte in der curricularen Reformfalle. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 36(1), 67-79. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-211254>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Hubertus Buchstein / Stefan Fietz (Greifswald)

Vom Verschwinden bedroht?

Politische Theorie und Ideengeschichte in der curricularen Reformfalle

Der Artikel wertet den Status der Subdisziplin „Politische Theorie und Ideengeschichte“ in den neuen Bachelor- und Masterprogrammen an bundesdeutschen Hochschulen aus. Das Ergebnis lautet, dass der Teilbereich in eine Bedrängnis geraten ist, die mit dem Qualifizierungsgrad des Studiums ansteigt. Im letzten Teil des Artikels werden Handlungsoptionen diskutiert, die der Subdisziplin wieder einen stärkeren Stellenwert zukommen lassen.

*Keywords: Politikwissenschaft, Politische Theorie, Curriculum, BA-MA-Programme
Political Science, Political Theory, curriculum, BA-MA Programmes*

1. Einleitung

Das Verhältnis von Politikwissenschaft und Politischer Theorie und Ideengeschichte hat eine Reihe unterschiedlicher Facetten und diesbezüglich gibt es zwischen der Situation in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, anderen europäischen Ländern oder den USA lediglich graduelle Differenzen, die mit der unterschiedlichen Größe des Faches in den Ländern zu tun haben. In *disziplinärer* Hinsicht geht es bei der Verhältnisbestimmung zunächst einmal um die Frage, ob die Politische Theorie und Ideengeschichte als eine (oder gar zwei) Subdisziplin(en) des Faches Politikwissenschaft verstanden werden soll, oder ob sie besser als ein interdisziplinäres Wissensfeld verstanden werden muss; je nachdem, wie die Antworten auf diese Frage im Einzelnen ausfallen, folgen daraus für die Stellenbesetzungen von Professuren und Mitarbeiterpositionen im Bereich Politische Theorie unterschiedliche Rekrutierungsmuster.

In *konzeptioneller* Hinsicht geht es um die nicht weniger grundsätzliche Frage, wie das Verhältnis von Politischer Theorie und Ideenge-

schichte zum Rest des Faches gedacht wird. Wie beeinflussen sich Politische Theorie auf der einen Seite und die weiteren Teile des Faches auf der anderen Seite untereinander? Gibt es gemeinsame Lernprozesse, gehen Impulse von der einen in die andere Richtung und umgekehrt aus oder kapseln sich die Bereiche eher voneinander ab? Die traditionelle Sicht nicht nur in Europa, sondern auch in der Gründungsphase des Faches in den USA war, dass der Politischen Theorie eine Art ordnende „Königsrolle“ unter den disziplinären Subdisziplinen zugeschrieben wurde. Diese anmaßende Ansicht ist heute obsolet. Gegenwärtig scheint sich sogar eher das andere Extrem als dominante Überzeugung im Fach durchzusetzen: Theoriearbeit betreibt doch irgendwie jede/r PolitikwissenschaftlerIn in seiner/ihrer eigenen Subdisziplin und deshalb bedarf es – vielleicht bis auf einige wenige Ideengeschichtler, die um der Traditionspflege willen in ihrer Nische ornamental arbeiten dürfen – heutzutage keiner autochthonen Politischen Theorie mehr. Die Texte einiger Stellenausschreibungen wie auch die vorgenommenen Stellenbesetzungen aus den letzten fünf Jahren

geben Anlass zur Vermutung, dass diese Ansicht in der Bundesrepublik immer mehr Zustimmung im Fach gewinnt.

Für die Zukunft des Teilbereiches „Politische Theorie und Ideengeschichte“ an den politikwissenschaftlichen Instituten nicht nur im deutschsprachigen Raum, sondern im übrigen Europa wird es entscheidend sein, ob die sachlichen Argumente, die auch heute noch für eine starke Politische Theorie als Teilgebiet des Faches sprechen, unter den VertreterInnen der anderen Teilgebiete im Fach Gehör finden oder nicht.¹ Zur Larmoyanz in den Reihen der Subdisziplin gibt es jedenfalls keinen Anlass – denn zunächst einmal gilt die einfache Regel, dass sich die Politische Theorie und Ideengeschichte wie jedes andere Teilgebiet des Faches auch nicht lediglich auf der Tatsache ausruhen darf, dass sie bislang im Kanon des Faches eine eigenständige Rolle gespielt hat. Genauso wenig genügt der knappe Hinweis auf den aktuellen Stand der Ausdifferenzierung der Teildisziplin, um dann daraus abzuleiten, dass dieser Prozess zukünftig einfach immer fortgeschrieben werden müsse. In der Wissenschaft kann es keinen Artenschutz für einmal erreichte kognitive Muster geben. Kognitive Ordnungen sind immer in Bewegung, und neben der intradisziplinären Ausdifferenzierung stoßen wir bei der Beobachtung von Wissenschaft auch auf Prozesse der interdisziplinären Fusion oder der transdisziplinären Auslagerung.

Um es pointiert zu sagen: Wenn sich zentrale Teilgebiete des Faches wie das des „Regierungssystem der Bundesrepublik“ aufgrund von Veränderungen im Gegenstandsbereich – in diesem Fall durch die Einbettung im Mehrebenensystem der EU – in ihrem konzeptionellen Selbstverständnis und in ihren Beziehungen zu den anderen Teilen des Faches neu beschreiben müssen, dann kann auch die Politische Theorie und Ideengeschichte nicht von vornherein einen sakrosankten Status für sich reklamieren. Stattdessen muss sie – wie jedes andere Teilgebiet auch – ihre Rolle im kognitiven Profil der Disziplin mit Gründen darlegen und gegebenenfalls mit Blick auf neue Entwicklungen neu zuschneiden können.

Im Gegenzug bedeutet dies allerdings auch, dass eine veränderte oder minimierte Rolle der Politischen Theorie und Ideengeschichte im Fach mit der Angabe von guten Gründen für diese Veränderungsprozesse begleitet sein sollte. Diese Gründe sollten – um tatsächlich als „gute Gründe“ gelten zu dürfen – aus der internen Perspektive der wissenschaftlichen Forschung formuliert werden und nicht auf irgendwelchen außerwissenschaftlichen Erwägungen basieren.

Was derzeit in der bundesdeutschen Politikwissenschaft geschieht, wird diesem Begründungsgebot jedoch in keiner Weise gerecht. Hinter dem Rücken der fachpolitischen AkteurInnen vollzieht sich derzeit ein markanter Wandel im kognitiven Profil des Faches, der primär von den Imperativen umfassender Studienreformen im Zuge des Bologna-Prozesses angetrieben wird. Zwar wird im gesamten Fach mittlerweile darüber spekuliert, welche Auswirkungen der Bologna-Prozess auf das zukünftige kognitive Profil des Faches Politikwissenschaft und auf die einzelnen Teildisziplinen haben wird. Die PolitikwissenschaftlerInnen agieren in diesem Prozess häufig immer noch als die Getriebenen und beobachten den gegenwärtigen Umbau der deutschen Universitätslandschaft mit einer Mischung aus Hoffen und Bangen. Manche VertreterInnen einiger Teilbereiche (z.B. Internationale Beziehungen) oder einiger Themenschwerpunkte (z.B. Europastudien) machen sich ganz offen große Hoffnungen auf eine personelle Expansion im Zuge der Etablierung neuer Studiengänge. In anderen Teilbereichen (z.B. Politisches System der Bundesrepublik) wird eher die Sorge artikuliert, ihre Teilbereiche würden zu den großen Verlierern der nächsten Jahre gehören. Und je nach Szenario werden dem wissenschaftlichen Nachwuchs ganz unterschiedliche Empfehlungen für die weitere Lebensplanung mit auf den Weg gegeben.

Nicht zuletzt wegen der Bedeutung, die die gegenwärtigen hochschulpolitischen Entwicklungen für die Planungen und das Risikokalkül des wissenschaftlichen Nachwuchses haben, ist ein genauere Überblick über die aktuelle Situ-

ation der disziplinären Teilgebiete im Kontext des vom Bologna-Prozess ausgelösten hochschulpolitischen Reformprozesses wichtig. Dies gilt auch für das Teilgebiet der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Denn erst eine solche Bestandsaufnahme erlaubt es, detaillierter einschätzen zu können, welche tatsächlichen Effekte der Bologna-Prozess für die Zukunft dieses Teilgebietes bereits hat und zukünftig haben wird, falls es nicht zu gewissen Korrekturen kommt. Insofern versteht sich der nachfolgende Beitrag als Bestandsaufnahme.²

2. Der Bereich „Politische Theorie und Ideengeschichte“ im Reformprozess

Um die Vergleichbarkeit der nachfolgenden Materialerhebung mit bisherigen Studien zum *state of the art* der bundesdeutschen Politikwissenschaft zu ermöglichen, wird das Teilgebiet Politische Theorie und Ideengeschichte ganz im offiziellen Sinne der Definition des „Kerngebietes“ der DVPW (Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft) respektive des „Teilgebietes“ (Rahmenordnung der Kultusministerkonferenz von 1990) inhaltlich folgendermaßen umrissen: Politische Theorie, Politische Ideengeschichte, Politische Philosophie, Wissenschaftstheorie und Fachhistorie.

2.1. Die Stellsituation und ihre Unsicherheiten

Im Nachgang an das 2004 abgeschlossene Greifswalder DFG-Forschungsprojekt über die Politikwissenschaft in Deutschland 1949–99³ wurden unter anderem auch die Daten über zukünftig frei werdende Professorenstellen für die Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte erhoben. Die konkreten Stellenbezeichnungen in diesem Bereich variieren bekanntlich ebenso wie das Selbst- und Fremdverständnis mancher FachvertreterInnen. Dennoch konnten auf dem Wege intensiver Einzelrecherchen solide Zahlenangaben gewonnen werden. Insgesamt müssten nach dieser Auszäh-

lung – stabile Neubesetzungen zunächst vorausgesetzt – in den Jahren 2006–11 fast 30 von 49 Stellen im Teilbereich Politische Theorie und Ideengeschichte neu besetzt werden – was einer erheblichen Neuzusammensetzung im Professorenbereich dieses Teilgebietes gleichkäme. Damit stünden die Chancen des beruflichen Nachwuchses im Bereich Politische Theorie und Ideengeschichte in der Bundesrepublik auf eine Professur so gut wie lange nicht mehr.⁴

Die sich an diese Statistik anschließende Frage lautet allerdings, wie realistisch die der Berechnung zugrunde liegende Voraussetzung stabiler Neubesetzungsraten tatsächlich ist. Skeptisch stimmt der Blick in die jüngere Vergangenheit: Von den 16 zu erwartenden Stellenneuausschreibungen der Jahre 1999–2005 sind längst nicht alle erfolgt; andere Stellenbesetzungen wurden über Jahre verschleppt oder mit einer anderen Denomination versehen. Nicht wirklich optimistischer stimmt auch der Blick auf die Juniorprofessur: Auch hier konnten nur ganz vereinzelt Stellen im Bereich „Politische Theorie“ besetzt werden (unter anderem FU Berlin).

Zudem gibt es eine Reihe weiterer Unwägbarkeiten: Unwägbar ist der zusätzliche Bedarf, der bei den neuen privaten Universitäten abzudecken ist; die gerade gegründeten oder in Gründung befindlichen Institutionen reklamieren allerdings bislang keinen Stellenbedarf im Theoriebereich. Unwägbar ist das zusätzliche Stellenvolumen, das im Zuge des Hochschulpaktes bis 2020 den Universitäten die Möglichkeit bieten soll, unter dem abzusehenden Ansturm neuer Studierender nicht völlig zusammenzubrechen; soweit es sich jetzt überhaupt sagen lässt, zeichnet sich in diesem Zusammenhang höchstens der Bedarf einiger lehrintensiver *lecturer* für den Bereich Politische Theorie ab. Erhebliche Unwägbarkeiten verbinden sich mit der Einführung von Studiengebühren, wie sie in Österreich bereits vor einiger Zeit durchgesetzt worden sind und wie sie auch in der Bundesrepublik aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren flächendeckend eingeführt sein werden. Mit der Umstellung der Finanzen auf stärkere Impulse der „Nachfrageseite“ werden

nicht nur einzelne Teilgebiete, sondern wahrscheinlich das gesamte Fach auch mit veränderten inhaltlichen Erwartungen der zukünftigen „KundInnen“ konfrontieren werden.

Die größte Unwägbarkeit besteht allerdings in der Reform der Studiengänge und deren Auswirkungen auf das Stellenprofil an den bundesdeutschen Universitäten. Der Bedarf an Stellen im Bereich Politische Theorie und Ideengeschichte ergibt sich an deutschen wie österreichischen Universitäten primär aus dem Lehrbedarf und ist nahezu unabhängig von den Forschungsleistungen, die auf diesem Gebiet erbracht werden. Dies mag sich perspektivisch mit dem neuen Instrument der Exzellenzförderung ändern; auf absehbare Zeit wird aber an den Universitäten weiterhin die Lehre der Schlüssel zur Weiterexistenz der Subdisziplinen bleiben. Die Schlüsselstellung der Lehre für die Hochschulentwicklung verdeutlichen auch die Beschlüsse von Bund und Ländern im November 2006 für einen neuen „Hochschulpakt“, mit dem die zwischen 2009 und 2014 massiv ansteigende Zahl an Studierenden besser versorgt werden soll. Angesichts der geringen Kosten eines sozialwissenschaftlichen Studienplatzes ist nach den ersten Reaktionen der betroffenen Länderministerien und Hochschulleitungen zu erwarten, dass im Zuge dieser Zusatzförderung ein nicht unerheblicher Teil der Mittel in den Neuaufbau von Studienplätzen in „Billig-Fächer“ wie Politikwissenschaft, Jura oder Kommunikationswissenschaft fließen wird.

2.2. Das Gestrüpp der Studienreformen

Mit Blick auf die Zukunft interessieren in diesem Zusammenhang deshalb keine alten Diplom- oder Masterstudiengänge, sondern lediglich die im Zuge des Bologna-Prozesses auch in Deutschland forciert durchgesetzten Bachelor- und Masterstudiengänge. Welche Rolle und welchen Anteil hat die Politische Theorie und Ideengeschichte in diesen neuen Studiengängen? Gehen von den neuen Studiengängen Veränderungen im kognitiven Profil der Teildisziplin aus? Was erbringt der Blick auf

die gegenwärtige Situation? Es ist evident, dass die gegenwärtigen Umstrukturierungen in der Disziplin nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner zählen werden. Wie sieht es diesbezüglich mit der Politischen Theorie und Ideengeschichte aus?

Nach unseren Recherchen⁵ sind derzeit an 39 Universitäten in Deutschland insgesamt 115 Bachelor- und Masterstudiengänge mit politikwissenschaftlicher Ausrichtung etabliert. Diese Zahl weicht von anderen Auflistungen, etwa der aktualisierten „Übersicht der BA/MA-Studiengänge mit politikwissenschaftlichen Anteilen“ der DVPW vom 8. Februar 2006,⁶ leicht ab. Die Unterschiede in den Angaben haben zwei Ursachen:

- Erstens haben wir uns in der von uns vorgenommenen Zählung auf *staatliche Universitäten* beschränkt, da sich der gegenwärtige Umbruchprozess hier am besten beobachten lässt.⁷ Nicht berücksichtigt wurden also *private* Universitäten wie beispielsweise die „International University Bremen“ (IUB), *fachspezifische* Hochschulen wie etwa die neu eröffnete – und ebenfalls private – „Hertie School of Governance“ in Berlin sowie sämtliche *Fachhochschulen*.⁸ Enthalten sind in unserer Zählung hingegen kostenpflichtige Masterprogramme öffentlicher Universitäten.⁹ Ebenso fanden gemeinsame Programme staatlicher und privater Hochschulen Berücksichtigung.
- Als zweiter Grund ist die unserer Auflistung zugrunde liegende Definition von „Studiengang“ zu nennen. Gegenüber der relativen Homogenität traditioneller Magister- oder Diplomstudiengänge haben sich mit der Einführung der BA/MA-Struktur parallel zu den Studieninhalten auch die curricularen Strukturen vervielfacht. Infolgedessen fällt es häufig schwer zu unterscheiden, ob ein bestimmtes Curriculum lediglich eine Schwerpunktsetzung innerhalb eines Studienganges darstellt oder bereits einen eigenen Studiengang konstituiert.¹⁰ Angesichts der aus diesen Möglichkeiten der Profilbildung resultierenden Unübersichtlichkeit¹¹ haben wir uns letztlich dagegen entschieden, ein-

zelne Profile (in Ein-Fach- bzw. Mono-Bachelor- und Master-Programmen) als eigene Studiengänge zu zählen – es sei denn, die jeweilige Studienordnung sieht dies ausdrücklich vor.¹² Ähnliches gilt auch für die so genannten „integrierten“ Bachelor-Master-Studiengänge,¹³ bei denen versucht wurde, die curriculare Struktur des traditionellen Magisterstudiums beizubehalten. Da der Gesamtstudiengang weder einem Master noch einem Bachelor entspricht, wurde er nicht berücksichtigt. Nur ein gegebenenfalls eigenständiger BA-Abschluss in diesem Rahmen wurde aufgenommen.¹⁴ Anders liegt der Fall bei den Universitäten, die Politikwissenschaft von vornherein entweder als Haupt- oder als Nebenfach in ihren BA/MA-Programmen anbieten (Zwei-Fach- oder Kombi-Programme) und damit unterschiedliche Studiengänge konstituieren.¹⁵ Kurzum: Sofern die formale Eigenständigkeit des jeweiligen Studienprogramms gewährleistet ist, wurde dieses auch als eigenständiger Studiengang gezählt.

Was haben die Recherchen ergeben? Insgesamt lässt sich festhalten, dass an den meisten Universitäten¹⁶ das politikwissenschaftliche Studium mittlerweile auf die BA/MA-Struktur umgestellt ist. Auch bei den lange Zeit zögerlichen süddeutschen Bundesländern werden nun forciert Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt. Dabei lassen sich zunächst folgende Tendenzen beobachten:

Bachelor-Studiengänge: An insgesamt 23 Universitäten wurden 31 politikwissenschaftliche Bachelorstudiengänge eingerichtet, die Titel wie „BA Politikwissenschaft“ tragen und sich somit als grundständige politikwissenschaftliche Bachelorprogramme zu erkennen geben.¹⁷ Zusätzlich sind noch 25 Bachelorprogramme anzutreffen, die interdisziplinär angelegt sind, wie z.B. der Bachelor „Sozialwissenschaften“ an der HU Berlin, in Bielefeld und Düsseldorf, und/oder thematisch spezifiziert sind, wie z.B. der Bachelor „Wirtschaft und Politik Ostasiens“ in Bochum, der Bachelor „European Studies“ an der TU Chemnitz und der Uni Passau oder auch der Bachelor „Politik

und Organisation“ der FernUni Hagen. Die Gruppe der interdisziplinären und/oder thematisch spezifizierten Bachelorprogramme wird im Folgenden als „Bachelorprogramme mit politikwissenschaftlichen Anteilen“¹⁸ im Gegensatz zu den „politikwissenschaftlichen Bachelorprogrammen“ bezeichnet. Der Grund dafür, nicht weiter zwischen interdisziplinären und jenen Programmen zu unterscheiden, die sich thematisch auf einen Teilbereich der Politikwissenschaft spezialisiert haben, liegt darin, dass in beiden von vornherein nur Teile des Gesamtfaches Politikwissenschaft unterrichtet werden. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass in vielen thematisch fokussierten Programmen immer auch interdisziplinäre Elemente enthalten sind. Eine Unterscheidung zwischen einerseits interdisziplinären und andererseits politikwissenschaftlichen, aber thematisch eng geführten Programmen kann daher auch in der Empirie nur schwer aufrechterhalten werden.

Master-Studiengänge: Die Situation bei den Masterstudiengängen weicht von derjenigen bei den Bachelorprogrammen markant ab. Masterprogramme mit der Bezeichnung „Politikwissenschaft“ sind hier in der Minderzahl – was nicht überrascht, denn die Profilierung ist ja eines der Ziele des Bologna-Prozesses. Lediglich sieben Universitäten (in Bamberg, Bochum, Darmstadt, Eichstätt, Jena, Kassel und Marburg)¹⁹ bieten Masterstudiengänge an, die vom Namen her ein grundständiges politikwissenschaftliches Studium vermuten lassen. Ansonsten sind insgesamt 52 Masterprogramme thematisch in bestimmter Hinsicht spezifiziert, in der Regel interdisziplinär und gelegentlich international angelegt. Dazu zählen z.B. der Master „Politische Steuerung und Koordination“ in Hagen, die recht häufig anzutreffenden Master in „European Studies“ etwa in Hannover, in Osnabrück und an anderen Universitäten, der Master in „Green Politics“ der Universität Greifswald sowie Masterprogramme zur Friedens- und Konfliktforschung in Marburg und Magdeburg. Diese thematisch spezifizierten und/oder interdisziplinären Master werden im Folgenden aus den oben genannten Gründen in einer Gruppe „Masterprogramme mit politik-

wissenschaftlichen Anteilen²⁰ zusammengefasst und von den zuvor genannten „politikwissenschaftlichen Masterprogrammen“ abgegrenzt.

Will man nun ausgehend von dieser Bestandsaufnahme die Situation der Politischen Theorie und Ideengeschichte in den neuen Bachelor- und Masterprogrammen möglichst differenziert erfassen,²¹ müssen zwei Faktorengruppen Berücksichtigung finden, wobei die eine Gruppe quantitativen, die andere qualitativen Charakter hat. Erst wenn man beide Faktorengruppen zusammen sieht, lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, welcher Status der Politischen Theorie und Ideengeschichte im Rahmen der neuen Bachelor- und Masterprogramme zukommt.

- Zunächst muss in quantitativer Hinsicht gefragt werden, ob Politische Theorie in den jeweiligen Programmen als eigenständiges Modul unterrichtet wird. Ferner ist zu fragen, ob dieses Modul obligatorisch oder wahlobligatorisch ist. Weiterhin unterscheiden sich die Studiengänge in der Anzahl der Semesterwochenstunden²² der jeweiligen Theiemodule.
- In qualitativer Hinsicht ist zu fragen, ob Politische Theorie im Rahmen der oben gegebenen Kultusministerkonferenz (KMK)-Kodifizierung in einem umfassenden Sinne nur als Teilbereich (z.B. nur Wissenschaftstheorie) oder thematisch spezifiziert im Sinne von „Bereichstheorien“ unterrichtet wird,²³ die über einzelne Aspekte politischer Realität (Staat, Demokratie, politische Transformationen, Globalisierung, Wahlverhalten etc.) zu verallgemeinerbaren Aussagen kommen möchten.

Ausgehend von diesen beiden Faktorengruppen haben wir alle Bachelor- und Masterprogramme nach folgenden Kriterien durchgesehen: Wird Politische Theorie obligatorisch und in einem umfassenden Sinne unterrichtet? Sind Theiemodule nicht obligatorisch, aber dafür umfassend angelegt? Werden sie obligatorisch, aber nicht in einem umfassenden Sinne unterrichtet? Sind sie weder obligatorisch noch umfassend? Oder sind in den jeweiligen Pro-

grammen zu guter Letzt gar keine Theiemodule mehr vorgesehen?

2.3. Die Befunde

Das Ergebnis unserer Internet-Recherche lässt sich am besten systematisch getrennt nach den oben gebildeten vier Fallgruppen darstellen:²⁴

- *Politikwissenschaftlicher Bachelor*: Bei den 31 politikwissenschaftlichen Bachelorprogrammen wird Politische Theorie in 27 Programmen obligatorisch und im umfassenden Sinne unterrichtet.²⁵ Indes gibt es Ausnahmen. In den Bachelorprogrammen „Politikwissenschaft“ der Universitäten in Konstanz und Mannheim ist überhaupt kein Theiemodul mehr vorgesehen; in Eichstätt ist das Studium der Politischen Theorie nicht obligatorisch, wird aber in einem umfassenden Sinne angeboten. In Münster dagegen verhält es sich andersherum: Politische Theorie ist im Curriculum obligatorisch enthalten, jedoch nur noch sehr reduziert als Bereichstheorie. Die umfassenden und obligatorischen Module zur Politischen Theorie werden in 21 Programmen in einem Umfang von vier bis sechs Semesterwochenstunden (SWS) unterrichtet, im Mono-Bachelor „Politikwissenschaft“ der FU Berlin sowie im Rostocker Bachelorprogramm sind für den Unterricht in Politischer Theorie sogar acht und mehr SWS vorgesehen. Dem stehen indes auch Programme mit einer Anzahl von nur zwei bis drei SWS entgegen. Diese finden sich in Bielefeld, Bochum, Düsseldorf sowie in den Nebenfach-Bachelorstudiengängen in Freiburg und Tübingen.

Bei den politikwissenschaftlichen Bachelorstudiengängen kann sich die Politische Theorie und Ideengeschichte also (in Kontinuität zu den Magister- und Diplomstudiengängen) weiterhin als eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft behaupten.²⁶

- *Politikwissenschaftlicher Master*: Bei den sieben rein politikwissenschaftlichen

Masterstudiengängen²⁷ ist der Status der Politischen Theorie und Ideengeschichte uneinheitlich. In einem umfassenden Sinne ist Politische Theorie nur noch in Darmstadt und Marburg ein obligatorischer Bestandteil des Masterstudiums. In Bamberg²⁸ und Jena dagegen ist das umfassende Theoriestudium nicht obligatorisch, während in Kassel zwar der Besuch des Moduls „Normen, Steuerung, Struktur“ mit zwei Seminaren über „theoretische Debatten über Institutionen, Normenallokationen, Formen politischer Herrschaft ... sowie politikwissenschaftlich relevante akteurs- und strukturorientierte Ansätze“ (Universität Kassel 2006, 16) für Studierende verpflichtend ist, es sich hierbei aber nicht mehr um ein Angebot in einem umfassenden Sinne von Politischer Theorie handelt. Im Studienprogramm des Masters „Politikwissenschaft“ in Bochum findet sich keinerlei Verweis auf Politische Theorie mehr, für Eichstätt konnten keine Angaben ermittelt werden.

In den wenigen rein politikwissenschaftlichen Mastern zeigen sich also Tendenzen, Politische Theorie thematisch bzw. bereichsspezifisch einzugrenzen und/oder Politische Theorie nicht mehr als obligatorischen Bestandteil der politikwissenschaftlichen Ausbildung anzusehen.

- *BA mit politikwissenschaftlichen Anteilen:* In den insgesamt 25 Programmen sind eigenständige obligatorische Module zur Politischen Theorie und Ideengeschichte im umfassenden Sinne nur noch in sechs Fällen anzutreffen.²⁹ Nicht mehr obligatorisch ist das Studium der Politischen Theorie hingegen in den beiden Bachelorprogrammen „Politik und Recht“ bzw. „Politik und Wirtschaft“ in Münster, im Bachelor „Sozialwissenschaften“ in Oldenburg sowie in den „European Studies“ an der Universität Passau, auch wenn in diesen vier Studiengängen Politische Theorie in einem umfassenden Sinne zumindest noch angeboten wird. In den zwei Bachelorprogrammen „Politik und Wirtschaft Ostasiens“ in Bochum sowie

„Politik- und Verwaltungswissenschaft“ in Konstanz sind Pflichtveranstaltungen theoretischen Inhalts demgegenüber zwar ins Curriculum integriert. Politische Theorie wird hier jedoch nicht mehr in einem umfassenden Sinne unterrichtet. Im Bachelor „Politik und Organisation“ in Hagen ist ebenfalls nur noch ein Modul vorgesehen, das bereichstheoretisch angelegt ist. Dieses ist indes, anders als in Bochum und Konstanz, darüber hinaus nur im Wahlpflichtbereich angesiedelt. Bemerkenswert ist jedoch, dass von den 25 Bachelorstudiengängen mit politikwissenschaftlichen Anteilen etwa die Hälfte, nämlich insgesamt zwölf Studiengänge, ihren Programmbeschreibungen zufolge keinerlei eigenständige Theorie-Module mehr vorsehen.³⁰ In der Recherche konnte nicht immer ermittelt werden, in welchem Umfang an SWS die Theorieanteile in den jeweiligen Studiengängen unterrichtet werden. Die Tendenz geht jedoch auf eine Anzahl zwischen zwei und vier SWS (im Gegensatz zu den vier bis sechs SWS in den politikwissenschaftlichen Bachelorprogrammen).

- *MA mit politikwissenschaftlichen Anteilen:* Eigenständige Module zur Politischen Theorie und Ideengeschichte im umfassenden Sinne sind in den insgesamt 52 Programmen³¹ nur noch sechsmal, nämlich im Master „Internationale Beziehungen“ in Eichstätt, in den beiden Masterprogrammen „Democratic Studies“ und „Green Politics“ in Greifswald, im Master „European Political Studies“ in Heidelberg, im Master „Public Policy and Management“ in Konstanz sowie im Master „Demokratiewissenschaft“ in Regensburg verpflichtend vorgesehen. Bemerkenswert ist indes, dass dieses verpflichtende und umfassende Theorieangebot der Tendenz nach nur noch einen Umfang von zwei bis vier SWS und somit quantitativ nur noch einen geringen Anteil an den jeweiligen Masterprogrammen hat. Umfassend, aber für Studierende nicht mehr obligatorisch sind die Theorieangebote in den Masterprogrammen „Sozialwissenschaften“

und „Staatswissenschaften-Sozialwissenschaften“ der Uni Erfurt. Obligatorisch, jedoch lediglich bereichstheoretisch ausgerichtet ist das Theorieangebot in insgesamt 17 Masterprogrammen,³² wobei hier, sofern nähere Angaben ermittelt werden konnten, die Tendenz besteht, das theoretische Lehrangebot in einem Umfang von vier bis sechs SWS anzubieten. Ein nicht-obligatorisches und bereichstheoretisch ausgerichtetes Theorieangebot findet sich in fünf Masterstudiengängen.³³ Die Mehrzahl der Masterprogramme mit politikwissenschaftlichen Anteilen, nämlich insgesamt 20, kommt indes wiederum ohne ein explizit erwähntes Theorieangebot aus.³⁴

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Politische Theorie und Ideengeschichte als traditionell eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft im Zuge der Bachelor- und Masterprogramme in Bedrängnis geraten ist – eine Bedrängnis, die mit dem Qualifizierungsgrad des Studiums ansteigt. Würde man die gegenwärtige curriculare Entwicklung unverändert in die Zukunft projizieren, dann gäbe es im Jahre 2030 fast nur auf BA-Ebene Lehrende für Politische Theorien und Ideengeschichte im traditionellen Sinne, während TheoretikerInnen im MA-Bereich bestenfalls einige wenige passformige Module zum Studiengang beitragen.

3. Erklärungshypothesen und Handlungsoptionen

Wie ist dies zu erklären? Die sich vor allem auf der Ebene der Masterstudiengänge abzeichnende ungünstige Entwicklung dürfte damit im Zusammenhang stehen, dass in der Politikwissenschaft die Bachelor-, stärker aber noch die Masterprogramme häufig unter dem Aspekt der Praxistauglichkeit konzipiert wurden, obwohl nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. Oktober 2003 die Bachelorstudiengänge ohne Profilierung ohne eine stärkere Anwendungs- oder einer stärkeren Forschungsorientierung auskommen und nur die Masterprogramme sich in *einer* dieser beiden

Richtungen profilieren sollten (KMK 2003, 5). Ohne dass dies vorgegeben worden wäre, sind vor Ort im Fach offenbar die Entscheidungen überwiegend so gefallen, dass die Masterprogramme anwendungsbezogen ausgerichtet wurden. Deutlich wird dies vor allem bei den diversen „European Studies“- und „Sozialwissenschaft(en)“-Masterprogrammen. Diese Praxisorientierung bringt Vorteile für eine empirisch ausgerichtete Politikwissenschaft mit sich. Insofern diese aber mit ihren eigenen bereichsspezifischen Theorien arbeitet, erscheint dann ein eigenständiger Bereich „Politische Theorie“ als unnötige Verdopplung und kann entsprechend ausgespart bleiben. Die sich ändernde Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte dürfte aber auch damit zusammenhängen, dass in der jeweiligen institutsinternen Konzipierungsphase von VertreterInnen der Politischen Theorie bislang nicht genügend argumentative Kraft und Kreativität entwickelt wurde, um Programme zu entwerfen, die das Interesse an einer anwendungsbezogenen Ausrichtung des Studiums so umsetzen, dass dabei die an grundlegenden Fragen interessierte Politische Theorie im Curriculum erhalten bleibt.

Was könnten aus Sicht der Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte sinnvolle Handlungsoptionen im gegenwärtigen Reformprozess sein? Unkontrovers ist sicherlich das Festhalten an einem grundständigen politikwissenschaftlichen BA mit einem sinnvollen Anteil der Subdisziplin (mindestens mit den beiden Modulen Politische Theorie/Philosophie sowie Politische Ideengeschichte). Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Studienpraxis in den USA, in Großbritannien, in den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern, so gibt es mindestens drei mögliche weitere Optionen:

- Die erste Option besteht in einer offensiven Umgangsweise mit der thematischen Spezialisierung und dem Verwischen von disziplinären Grenzen im MA-Bereich. Das würde bedeuten, dass man für alle Themen (Globalisierung, European Studies etc.)

jeweils versucht, die Anschlussfähigkeit zur Politischen Theorie und Ideengeschichte in der Lehre herzustellen – eine Option, bei der wir skeptisch wären, weil dann offensichtlich nur noch Teile der Politischen Theorie und Ideengeschichte benötigt würden.

- Die zweite Option wird derzeit forciert in einer Kooperation der beiden hessischen Universitäten Frankfurt/M. und Darmstadt ausprobiert: Ein eigener MA in Politischer Theorie, der sich schnell in der gesamt-europäischen Hochschullandschaft etablieren soll. Diese Option bietet sich nur für einige wenige Standorte – neben den genannten höchstens noch für einen weiteren Standort, am ehesten Berlin – an. Inwiefern „Politische Theorie“, wenn sie lediglich an zwei Standorten umfassend gelehrt würde, jedoch noch als ein eigenständiger Teilbereich der Politikwissenschaft erhalten bleiben wird, ist fraglich.
- Eine dritte Option verfolgen die Bamberger KollegInnen (und wird auch in Erlangen/Nürnberg und Greifswald weiter diskutiert): Ein politikwissenschaftlicher MA, der Teile der alten Diplom/Magister-Struktur mittransportiert und den Studierenden neben Schwerpunktbildungen wie z.B. in „Internationale und europäische Politik“, „Politische Einstellungen und politisches Verhalten“, „Politische Systeme“ oder „Öffentliche Verwaltung“ auch eine Profilierung im Bereich „Moderne politische Theorie“ ermöglicht.

Das zuletzt genannte Master-Modell hat aus Sicht der Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte drei Vorteile, wenn auch ein Nachteil nicht übersehen werden kann. Ein erster Vorteil liegt darin, dass Politische Theorie sowohl konzeptionell als auch „materiell“ als eigenständiger Teilbereich des Faches erhalten bleibt. Schließlich bedarf es für ein Schwerpunktstudium „Politische Theorie“ auch eines Minimums an wissenschaftlichem Personal, das Forschung und Lehre in diesem Bereich sicherstellen kann. Der zweite Vorteil besteht darin, dass die Praxisbezogenheit des Studiums erhalten bleibt, sich indes vor allem auf die vier an-

deren möglichen Schwerpunkte beschränkt. Der/die Studierende hat sich somit vor Studienantritt zu entscheiden, ob er/sie ein grundlegendes oder ein praxisorientiertes Studium absolvieren möchte. Der dritte Vorteil dieses Modells liegt darin, dass es auch von Instituten mit dünner Personaldecke, also mit nur drei bis vier Professuren angeboten werden kann: Es erfordert im Wintersemester für Studierende im ersten und im dritten Semester jeweils ein verpflichtendes Theoriemodul, wobei bei geringem Personal diese Theoriemodule aus je einem Theoriekurs bestehen können. Andere Lehrveranstaltungen sind im Bereich der anderen politikwissenschaftlichen Teilgebiete abzuleisten bzw. werden durch Angebote anderer, verwandter Fächer abgedeckt, so dass auch interdisziplinäre Elemente im Studium nicht fehlen müssen. Nachteilig ist allerdings bei diesem Modell, dass das Studium der Politischen Theorie nicht mehr obligatorisch ist – je nach Schwerpunktwahl könnten Studierende sich den Anforderungen der Politischen Theorie problemlos entziehen.

4. Schlussbemerkung

Das zuletzt genannte Mastermodell könnte somit im Sinne der Politischen Theorie durchaus als Vorbild für jene Institute dienen, die noch Bachelor- und Masterprogramme einführen müssen oder ihre bisherigen Programme im Zuge der Akkreditierungsverfahren reformieren wollen. Es hält an der Idee eines umfassenden politikwissenschaftlichen Studiums fest, indem die traditionellen Teilbereiche (und damit auch die Politische Theorie und Ideengeschichte) des Faches (zumindest im wahlobligatorischen Bereich) bestehen bleiben und versucht zugleich, die Profil bildenden Möglichkeiten, die die Bachelor- und Masterstruktur bietet, zu nutzen und in eine Spezialisierung und Praxisorientierung einfließen zu lassen. Zudem lässt es im Studium Raum, themenspezifische Schwerpunktbildungen mit Schwerpunkten nach Teilbereichen der Politikwissenschaft zu kombinieren. So wäre es möglich, einen Master „Politik-

wissenschaft“ mit einem wählbaren Schwerpunkt „Politische Theorie und Ideengeschichte“ und/oder einem wählbaren Schwerpunkt z.B. in „European Studies“ zu konzipieren.

Davon unabhängig ist es offensichtlich nötig, dass die VertreterInnen der Subdisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte mit sehr viel mehr Nachdruck als bislang und vor allem mit guten Argumenten deutlich machen, worin über empirische Bereichstheorien hinaus ihr Beitrag für die weitere Entwicklung der Disziplin liegt. Zu lange hat sich die Politische Theorie auf ihren vergangenen Meriten und ihrem scheinbar gesicherten Status im Kanon des Faches ausgeruht und dabei in Kauf genommen, auf den Rang einer Art Bereichstheorie für die empirische Politikforschung reduziert zu werden. Wenn die Politische Theorie nicht riskieren will, am Ende des gegenwärtigen Hochschulreformprozesses zum großen Verlierer im Fach zu werden, dann muss sie diese Herausforderung annehmen. An klugen Funktionsbeschreibungsangeboten gibt es keinen Mangel – sie reichen von Herfried Münklers (2006) Verständnis der Politischen Ideengeschichte als einer Art „Kreativitätsreserve“ über Alex Demirovics (1995) Konzept einer Politischen Theorie als „Reflexionswissenschaft“ bis hin zu Gerhard Göhlers (1978) ambitioniertem Programm von Politischer Theorie als umfassender „Begründungsanalyse“.³⁵ Das Teilgebiet „Politische Theorie und Ideengeschichte“ braucht sich vor den anderen Teilgebieten und notwendigen fachinternen Neuzuschnitten nicht zu verstecken und sollte innerdisziplinär sehr viel stärker in die Offensive gehen.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. dazu die Beiträge in Göhler/Buchstein (i.E.).
- 2 Der Beitrag basiert auf Teilen des Aufsatzes von Buchstein et al. (2006). Die Recherchen wurden auf den Stand vom 30. September 2006 gebracht. Studiengänge, in die erstmals zum Wintersemester 2006/07 immatrikuliert wurde, sowie Änderungen an bereits bestehenden Studiengängen zum Wintersemester 2006/07 konnten hier nicht mehr berück-

sichtigt werden. Für Hilfe bei den Recherchen danken wir Thomas Müller und Michael Hein.

- 3 Zu den Ergebnissen vgl. Arendes (2005).
- 4 Zu einigen Determinanten auf dem Weg zur Professur in Deutschland vgl. jetzt die Befunde bei Plümper/Schimmelfennig (2006).
- 5 Die Ergebnisse basieren auf Internetrecherchen (Stand: 30. September 2006). Die Angaben sind in einigen Punkten möglicherweise immer noch lückenhaft, denn bei den Recherchen zu den Studiengängen stellte sich heraus, dass manche Daten (im Internet) gar nicht oder nur vage zu ermitteln waren. Korrekturen und Ergänzungen werden deshalb gern angenommen (E-Mail: buchstei@uni-greifswald.de).
- 6 Siehe im Internet: www.dvpw.de/dummy/fileadmin/docs/Studiengaenge.pdf.
- 7 Während private Hochschulen in der Regel bereits mit dem BA/MA-System starten, hatten bzw. haben Fachhochschulen nicht die traditionelle Magister-Struktur aufzuweisen.
- 8 Herausgefallen sind auch die Hochschulen der Bundeswehr, deren Besuch eine entsprechende Dienstverpflichtung voraussetzt und die – nebenbei bemerkt – ihr politikwissenschaftliches Studienangebot noch nicht auf die BA/MA-Struktur umgestellt haben. Ebenso wurde die „Hochschule Vechta“ mit ihrem politikwissenschaftlichen Angebot nicht als Universität in die Zählung aufgenommen.
- 9 Wie z.B. die Postgraduiertenstudiengänge „Master of European Studies“ (MEUS) der Universität Tübingen und „Master of Peace Studies“ (MPS) an der Universität Hamburg. Dabei wurde nicht berücksichtigt, ob die Durchführung der Masterprogramme etwa einem eigens gegründeten privatwirtschaftlichen Bildungsträger oblag.
- 10 Dies ist insbesondere zwei Instrumenten der Schwerpunktbildung geschuldet, die beide der Verschiebung eines immer größeren Teils der Studieninhalte in den Wahl(pflicht)bereich dienen. Bei einer Gruppe von Studiengängen geschieht dies dadurch, dass Studierende in der Regel bereits vor Studienantritt einzelne curriculare „Bausteine“ auswählen. Ein Beispiel dafür ist das Bamberger Master-Modell. Die Kehrseite dieser Profilierung ist freilich das Wegbrechen anderer „Bausteine“ – in unserem Fall teilweise ganzer politikwissenschaftlicher Teilbereiche wie z.B. der Politischen Theorie. Je nach Auswahl entstehen dadurch innerhalb ein und desselben Studiengangs individuell völlig verschiedene Studienprogramme. Beim zweiten Instrument bleibt das curriculare Grundgerüst des Studiengangs hingegen fest vorgegeben. Die Profilbildung erfolgt hier durch die *workload* (der zeitliche Studienumfang), die für die einzelnen Studieneinheiten (die „Module“ oder „Bausteine“) aufzuwenden ist und die von den Studierenden innerhalb gewisser Grenzen frei gewählt

- werden können. Paradigmatisch steht dafür das „Major-Minor-Modell“ des BA an der Universität Hannover. Das Curriculum ist dort insofern starr, als bei diesem „fachübergreifenden“ Bachelor in jedem Falle zwei Fächer, nämlich Politikwissenschaft und ein anderes frei gewähltes Fach, zu studieren sind. Welches jedoch mit höherem (*major*) und welches mit niedrigerem Fachanteil (*minor*) studiert wird, entscheiden die Studierenden selbst. Damit ergibt sich jeweils eine unterschiedlich große *workload*. Das Beispiel Hannover zeigt auch, dass beide Profilierungsinstrumente auf verschiedenen Ebenen ansetzen können: entweder bereits zur Bestimmung des Stellenwerts von Politikwissenschaft im Verhältnis zu anderen Fächern oder eine Ebene tiefer „fachintern“ zur Gewichtung einzelner Teilbereiche.
- 11 Diese wird dadurch erhöht, dass beide Instrumente nicht selten auch kombiniert auftreten. So z.B. beim MA „Internationale Beziehungen“ (gemeinsam HU/FU Berlin und Universität Potsdam), der einen klaren Schwerpunkt setzt (IB), innerhalb dessen weitere Profilierungsmöglichkeiten bestehen (z.B. Theorien der IB).
 - 12 Wie z.B. an der Universität Erfurt, wo aus verschiedenen Kombinationen von Staats- mit Sozialwissenschaften explizit mehrere Studiengänge gebildet wurden.
 - 13 Integriert meint hier, dass BA und MA an einer Hochschule so miteinander verknüpft sind, dass der Erwerb des Master-Abschlusses den BA-Abschluss der jeweiligen Hochschule einschließt.
 - 14 Deutlichstes Beispiel ist der BA/MA „Politikwissenschaft“ in Rostock, der nur als BA gezählt wurde. Eigenständig aufgezählt sind hingegen die aufeinander aufbauenden BA und MA „Internationale Beziehungen“ der TU Dresden, bei der jedoch der Bachelor dadurch „entwertet“ wird, dass er keine Abschlussarbeit beinhaltet.
 - 15 Dies betrifft nur BA-Programme, z.B. die BA „Politikwissenschaft“ in Bremen, Freiburg, Kassel oder Tübingen.
 - 16 Ausnahmen sind Augsburg, Bonn, Braunschweig, Duisburg-Essen, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt/Main, Gießen, Göttingen, Halle-Wittenberg, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Koblenz-Landau, Mainz, Saarbrücken, Trier, Wuppertal, Würzburg. Hier gab es bis zum Sommersemester 2006 noch keine politikwissenschaftlichen Bachelor- oder Masterangebote, auch wenn sie an mehreren Standorten (z.B. Göttingen für das WS 06/07) bereits geplant waren. An Universitäten wie Heidelberg, der LMU München oder Potsdam arbeiten die politikwissenschaftlichen Institute lediglich mit einzelnen Modulen den interdisziplinären Bachelor- und Masterprogrammen zu, führen ihre eigene Lehre indes in traditionellen Magister- oder Diplomstudiengängen weiter.
 - 17 Der durch die Selbstbezeichnung hervorgerufene Eindruck, es handle sich bei diesen Programmen um grundständige Studiengänge, in denen die vier Teilbereiche der Politikwissenschaft Politische Theorie und Ideengeschichte, Politisches System der BRD, Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft enthalten sind, ist jedoch, wie zu zeigen sein wird, nicht in jedem Fall sachlich gerechtfertigt.
 - 18 Bachelorprogramme mit politikwissenschaftlichem Anteil wurden nur dann als solche gezählt, wenn dieser Anteil bei mindestens 20% am Gesamtcurriculum lag.
 - 19 In Rostock wird kein eigenständiger Master Politikwissenschaft angeboten. Dieser ist hier Teil des „integrierten Bachelor-Master-Studiengangs Politikwissenschaft“ (vgl. FN 14).
 - 20 Auch hier haben wir die 20%-Regel angewandt (s. FN 18).
 - 21 Hier stieß die Methode der Internetrecherche an gewisse Grenzen. Vor allem stellte die für die Bachelor- und Masterstudiengänge vorzunehmende Unterscheidung von Modulen, Kursen und Lehrveranstaltungen ein Problem für die Auswertung dar. So kann es zwar vorkommen, dass in einem im Internet für ein bestimmtes Bachelor- oder Masterprogramm aufgeführtes Studienverlaufsschema kein Modul explizit als „Politische Theorie“ ausgewiesen ist, im Rahmen eines nicht-theoretischen Moduls aber dennoch politiktheoretische Kurse angeboten werden. Möglich ist natürlich auch der Fall, dass in nicht-theoretisch angelegten Kursen einzelne Lehrveranstaltungen theoretischen Fragen gewidmet sind. Dies konnte in der Internetrecherche im Einzelnen nicht immer festgestellt werden – wir sind deshalb auch in diesem Punkt für Ergänzungen und Korrekturen unserer Angaben dankbar.
 - 22 Anstelle von ECTS-Punkten haben wir für die Ermittlung der Quantität politiktheoretischer Anteile in den Bachelor- und Masterstudiengängen die Zahl der Semesterwochenstunden (SWS) herangezogen. Mit der Zählung in SWS kann besser ermittelt werden, welche Personalkapazität für die Sicherstellung von Lehre und Forschung in einem Teilbereich des Faches notwendig ist. Und wiederum nur daraus können realistische Einschätzungen zum Status dieses Teilbereiches im Gesamtfach abgeleitet werden. Aus den ECTS-Punkten lassen sich hingegen nur begrenzt Rückschlüsse auf den Status eines Teilbereiches im Fach ziehen, denn rein theoretisch könnte in einem politikwissenschaftlichen BA-Programm eine hohe ECTS-Punktezahl für das Studium der Politischen Theorie angesetzt werden, die der/die Studierende jedoch im Selbststudium (gegebenenfalls mit Prüfung) zu erwerben hat: Die *workload* an Politischer Theorie wäre hoch, die Verankerung Politischer Theorie im Fach jedoch gering, weil in die-

- sem Bereich weder gelehrt noch geforscht würde. – Diese Überlegungen werden durch die Beobachtung gestützt, dass Messungen der Anzahl der SWS und der ECTS-Punkte mitunter beträchtlich auseinanderklaffen, so z.B. beim MA „Politikwissenschaft“ der Universität Darmstadt (zwei SWS – zwölf ECTS) oder beim BA „Politikwissenschaft“ der Universität Freiburg (sechs SWS – 22 ECTS).
- 23 „Teilbereich“ und „Bereichstheorie“ werden im Folgenden unter letzterem Begriff gefasst, da eine Unterscheidung aufgrund der begrenzten Tiefe der Internetrecherche in vielen Fällen nicht möglich war.
- 24 Im Folgenden wird der Einfachheit halber nicht mehr zwischen „Modul“ und „Kurs“ unterschieden. Die Bezeichnung „Modul“ gilt für beides.
- 25 Universitäten: Aachen, Bamberg, FU Berlin (BA „Politikwissenschaft“, „Sozialkunde (Politikwissenschaft) mit Politikwissenschaft als Hauptfach“, „Sozialkunde (Politikwissenschaft) mit Politikwissenschaft als Modulangebot im Rahmen anderer B.A.-Studiengänge“), Bielefeld, Bochum, Uni Bremen (Mono-Bachelor „Politikwissenschaft“, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach), Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Freiburg (2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach), Greifswald, Hamburg (2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach), Hannover, Kassel (2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach), Marburg, Regensburg, Rostock, Stuttgart, Tübingen (2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Hauptfach, 2-Fach-Bachelor mit Politikwissenschaft als Nebenfach).
- 26 Daran ändern auch gewisse Tendenzen nichts, dass Politische Theorie, wenn sie bereits als Basismodul zu belegen ist, im Vertiefungsbereich (entspricht Aufbaumodulen bzw. Wahlpflichtmodulen) nicht mehr angeboten wird (vgl. z.B. BA „Politische Wissenschaft“ Hamburg), woran sich allerdings die im MA noch stärker sichtbare Entwicklung zu einem bloßen Grundlagen- bzw. „Servicefach“ bereits anzudeuten scheint.
- 27 Universitäten: Bamberg, Bochum, Darmstadt, Eichstätt, Jena, Kassel, Marburg.
- 28 Der Master „Politikwissenschaft“ der Universität Bamberg stellt in gewisser Weise einen Sonderfall dar. Zwar ist die dort angebotene Profilbildung mit dem Schwerpunkt „Moderne Politische Theorie“ nicht obligatorisch. Wird sie aber gewählt, so sind zwei von sechs Modulen sowie die Masterarbeit verpflichtend im Bereich „Politische Theorie“ zu absolvieren.
- 29 BA „Sozialwissenschaften“ HU Berlin, BA „Sozialwissenschaften“ Düsseldorf, BA „Staatswissenschaften-Sozialwissenschaften“ Erfurt, binationaler BA „Public Administration“ Münster, BA „Governance and Public Policy – Staatswissenschaften“ Passau, BA „Sozialwissenschaft“ Stuttgart.
- 30 Es handelt sich hierbei um: BA „Sozialwissenschaft“ Bielefeld, BA „Politik, Wirtschaft, Gesellschaft“ Bochum, BA „Europastudien“ Chemnitz, „BA „Internationale Beziehungen“ Dresden, BA „Kulturwissenschaften“ Frankfurt/Oder, BA „Südasiastudien“ Heidelberg, BA „Empirische Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ Lüneburg, BA „European Studies“ Magdeburg, BA „Sozialwissenschaft“ Marburg, BA „Europäische Studien“ und BA „Social Sciences“ Osnabrück, BA „Social Science“ Siegen.
- 31 Für die Masterprogramme „Europastudien“ in Aachen und „Sozialwissenschaft“ in Bochum konnten keine Angaben zum Studienprogramm gefunden und deswegen auch keinerlei nähere Angaben zum Status der Politischen Theorie ermittelt werden.
- 32 MA „Internationale Beziehungen“ FU/HU Berlin sowie Uni Potsdam, MA „Nordamerikastudien“ FU Berlin, MA „Osteuropastudien“ FU Berlin, MA „Human Rights and Democratization“ Bochum, MA „Sozialpolitik“ Uni Bremen, MA „International Relations“ Uni Bremen/IU Bremen, MAs „Sozialwissenschaften“ und „Politische Kommunikation“ Düsseldorf, MA „Europäische Integration“ Hannover, MA „Global Political Economy“ Kassel, MA „Global Studies“ Leipzig, MA „Friedens- und Konfliktforschung“ Magdeburg, MA „Friedens- und Konfliktforschung“ Marburg, MA „European Studies“ Münster, MA „Demokratisches Regieren und Zivilgesellschaft“ Osnabrück, MAs „Vergleichende Politikforschung“ sowie „Friedensforschung und Internationale Politik“ Tübingen.
- 33 MA „Sozialwissenschaften“ HU Berlin, MA „Staatswissenschaften“ Erfurt, „Master of European Studies“ Hamburg, MA „Labour Policies and Globalisation“ Kassel, MA „International Development Studies“ Marburg.
- 34 Internationaler MA „European Studies“ HU/FU Berlin, MA „Europawissenschaften“ HU/FU/TU Berlin, MA „Öffentliches und betriebliches Umweltmanagement“ FU Berlin, MA „Politische Kommunikation“ Bielefeld, MA „Politik Ostasiens“ Bochum, MA „Europäische Integration“ TU Chemnitz, MA „Internationale Beziehungen“ Dresden, MA „Atlantic Studies“ Erfurt, MA „Public Policy“ Erfurt, MA „Kulturwissenschaften“ Frankfurt/Oder, „Master of Economics and Politics“ Freiburg, MA „Environmental Governance“ Freiburg, MA „Politische Steuerung und Koordination“ Hagen, „Master of Peace and Security Studies“ Hamburg, MA „European Studies“ Magdeburg, Elitestudiengang „Osteuropastudien“ LMU Mün-

- chen/Regensburg, MAs „Europäische Studien“ und „Europäische Integration“ Osnabrück, MA „Comparative Social Science“ Siegen, „Master of European Studies“ Tübingen.
- 35 Vgl. zu Göhlers Konzeption ausführlicher Schmalz-Bruns/Buchstein (2006).

LITERATURVERZEICHNIS

- Arendes*, Cord (2005). Politikwissenschaft in Deutschland 1949–1999, Wiesbaden.
- Buchstein*, Hubertus/Stefan *Fietz*/Thomas *Müller* (2006). Studium Bolognese – Zur Situation der Teildisziplin ‚Politische Theorien und Ideengeschichte‘ an den bundesdeutschen Universitäten, in: Politikwissenschaft. Mitgliederrundbrief der DVPW, Heft 134, 156–174.
- Demirovic*, Alex (1995). Aspekte der theoretischen und politischen Praxis politischer Theorie, in: Helmut *Kramer* (Hg.): Politische Theorie und Ideengeschichte im Gespräch, Wien, 204–211.
- Göhler*, Gerhard (Hg.) (1978). Politische Theorie. Begründungszusammenhänge in der Politikwissenschaft, Stuttgart.
- Göhler*, Gerhard/Hubertus *Buchstein* (Hg.) (i.E.). Politikwissenschaft und Politische Theorie, Wiesbaden.
- KMK* (2003). Ländergemeinsame Strukturvorgaben gemäß § 9 Abs. 2 HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.10.2003). Internet: <http://www.kmk.org/hschule/strukturvorgaben.pdf>.
- Münkler*, Herfried (2006). Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft, in: Politikwissenschaft. Mitgliederrundbrief der DVPW, Heft 134, 175–179.
- Plümper*, Thomas/Frank *Schimmelfennig* (2006). Berufungsdeterminanten in der Politikwissenschaft, unveröff. Manuskript.
- Schmalz-Bruns*, Rainer/Hubertus *Buchstein* (2006). Politikwissenschaft der Integration, in: Rainer *Schmalz-Bruns*/Hubertus *Buchstein* (Hg.): Politik der Integration. Festschrift für Gerhard Göhler, Baden-Baden, 13–54.
- Universität Kassel* (Hg.) (2006). Studieninformation Politikwissenschaft, Bachelor- und Master-Studiengang. Internet: <http://www.uni-kassel.de/zsb/politik.pdf>.

AUTOREN

Hubertus BUCHSTEIN. Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald.

Forschungsschwerpunkte: Politische Ideengeschichte, moderne Demokratietheorie.

Kontakt: Universität Greifswald, Institut für Politikwissenschaft, Baderstrasse 6–7, D-17489 Greifswald.

Email: buchstei@uni-greifswald.de

Stefan FIETZ. Mitarbeiter bei INGEUS, Nürnberg. Forschungsschwerpunkte: Politische Ideengeschichte.

Kontakt: Universität Greifswald, Institut für Politikwissenschaft, Baderstrasse 6–7, D-17489 Greifswald.